

Linke Koalitionen - Chance oder Aufweichen der eigenen Grundsätze

Mit der Rot-Rot-Grünen Regierungskoalition in Thüringen und der Wahl des ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland sollten Voraussetzungen für einen Politikwechsel geschaffen werden.

Die Chance für ein breites linkes Regierungsbündnis unter Vorsitz von Bodo Ramelow wurde

zielstrebig ergriffen und könnte Signalwirkung für künftige politische Bündnisse in Deutschland haben. Der ernsthafte Wille aller drei beteiligten Parteien für eine konstruktive Zusammenarbeit zur Umsetzung linker Politikangebote und sozialer Projekte in Verwirklichung ihrer Parteiprogramme wird sich nunmehr im Alltag beweisen müssen. Vor der Koalition liegt ein beschwerlicher und sicher mit politischen Stolpersteinen gepflasterter Weg, der, wenn er mehr oder weniger erfolgreich gemeistert wird, Perspektiven für eine linke, solidarische und alternative Gesellschaftsentwicklung aufzeigt.

Mit Abschluss des Koalitionsvertrages wurde deutlich, dass zur Erlangung der politischen Macht

es breiter Bündnisse bedarf, die über die bisherigen klassischen „zwei-Parteien-Koalitionen“ auf der linken Seite hinausgehen und die Bereitschaft für politische Kompromisse bei den Partnern neu gestellt werden müssen.

Die Bereitschaft dazu ist hinlänglich von der LINKEN bekundet und scheiterte bisher an Vorbedingungen aus den Reihen der SPD und der Grünen. Hier sei nur an die Absagen für gemeinsame Koalitionsgespräche bzw. eine/n linke/n als Ministerpräsidentin/en z.B. im Saarland erinnert. Mit der Regierungsbildung in Thüringen zeigt sich aber auch: Wenn linke Alternativen auf der Tagesordnung stehen, bläst das Kapital, vertreten durch CDU/CSU und andere konservative Vereinigungen, zum Gegenangriff. Dabei geht es in Thüringen nicht einmal um die Überwindung des Kapitalismus und schon gar nicht um eine Revolution. Das zeigt, wie empfindlich und ängstlich die Vertreter des Kapitals reagieren, obwohl es auch mit einer Rot-Rot-Grünen Koalition munter weiter gehen kann im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik.

Die Macht des Faktischen zwingt nunmehr ganz offensichtlich linke politische Partner über politische Gemeinsamkeiten sowie über die Überwindung von Trennendem nachzudenken.

Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, aber auch Souveränität sowie Hartnäckigkeit und Flexibilität müssen die notwendigen Verhandlungen der Partner bei der Entscheidungsfindung für politische Kompromisse auszeichnen. Dabei sollte aber ein Regierungsbündnis nicht mit klassischer Bündnispolitik verwechselt werden. Regierungsbündnisse sind das Ergebnis zufällig zustande gekommener Mehrheiten durch Wahlen. Die Wählerinnen und Wähler geben keiner Koalition ihre Stimme, sondern einer Partei der sie zutrauen, die Geschicke eines Landes zu lenken. In der Wahlkabine wird nicht über mögliche Koalitionen nachgedacht. Bündnispolitik muss also im Vorfeld von Wahlen praktiziert werden. Die LINKE ist dazu verdammt, bündnisfähige Schichten zu definieren. Die Fokussierung auf benachteiligte Bürgerinnen und Bürger kann dabei nur eine Einbahnstraße sein, da aus der geschichtlichen Erfahrung heraus keine Garantie dafür besteht, dass sich diese Schichten zwangsläufig nach links bewegen. Wenn sich die LINKE nicht auch bei Handwerkern, Gewerbetreibenden, Beamten, Intellektuellen, Künstlern usw. „salonfähig“ macht, wird es nicht möglich sein, das grundlegende Ziel, die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse, zu erreichen. Dazu gehören auch breite politische Bündnisse mit den Gewerkschaften und Vereinen, sowie Bündnisse mit der außerparlamentarischen Opposition.

Das linke „Thüringer Modell“ hat die große Chance für eine veränderte Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung im Rahmen der landespolitischen und der z.Z. bestehenden rechtlichen Möglichkeiten. Es wurde eine Basis für neue politische Bündnisse auf Landesebene mit einer Option für ganz Deutschland geschaffen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Darüber hinaus, stellt die äußerst knappe Regierungsmehrheit eine Herausforderung an die inhaltliche und personelle Zusammenarbeit für alle Beteiligten dar. Da ist kein Platz für Profilierungsversuche auf Kosten des/der Partner und es wird ein hohes Maß an Kompromiss- und Konsensbereitschaft sowie Koalitionsdisziplin abverlangt werden. Dabei dürfen durch unsere Fraktion im Thüringer Landtag grundsätzliche politische Inhalte bzw. Schwerpunkte weder geleugnet noch aufgegeben werden. Maßstab für die Beurteilung der Regierungs- und Fraktionsarbeit in der Koalition bzw. im Landtag ist und bleibt die konsequente Umsetzung des beschlossenen Wahlprogramms. Dafür bedarf es aber auch eines konsequenten Durchsetzungsvermögens.

Vergegenwärtigen wir uns, die bisherigen Tolerierungen bzw. Regierungsbeteiligungen der PDS/DIE LINKE haben zu einem Akzeptanz- und Wählerverlust von bis zu 50% und mehr geführt.

Leider wurden die Gründe hierfür nur marginal bewertet und die Ergebnisse bedauert bzw. „schön“ geredet; personelle Konsequenzen blieben weitestgehend aus.

Dem sich deutlich abzeichnenden Trend von Amts- und Mandatsträgern der LINKEN nach Übernahme von politischer Verantwortung im bestehenden gesellschaftlichen System bei Infragestellung der Akzeptanz des Parteiprogramms kann nicht unwidersprochen bleiben. Dafür stehen leider Äußerungen von Bodo Ramelow und der Thüringer Landesvorsitzenden.

Diese Erklärungen erinnern fatal an den überwundenen Ablasshandel, um den Preis der politischen Macht.

Ähnliches zeichnet sich für die kommende Bundestagswahl ab, wenn die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE infrage gestellt werden - nur Frieden sollte für DIE LINKE nicht verhandelbar sein! Aber auch neue oder alte Transformationstheorien sind im Umlauf. Nur wird damit der Grundwiderspruch gesellschaftlicher Entwicklung nicht benannt, noch deren schrecklichen Auswirkungen auf die Menschen beseitigt. Letztlich bleibt die alles entscheidende Frage, die nach dem gesellschaftlichen Eigentum und davor kann sich kein LINKER drücken.

i.A. Jonny Michel, Raimon Brete
Ortsverband Sonnenberg/KPF Chemnitz